



*Im Gespräch bei einem gemeinsamen Mittagessen auf dem Truppenübungsplatz Beelitz.*

## SPD-Position zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

*Rainer Arnold, MdB, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

**Eine Bemerkung vorab: Seit 1998 bin ich Abgeordneter des Deutschen Bundestages und Mitglied des Verteidigungsausschusses. In dieser Zeit habe ich unzählige Male Bundeswehr-Standorte besucht und mit Soldaten und Soldatinnen gesprochen. Ich habe dabei viele kluge und interessante Menschen kennengelernt, die meine Arbeit und auch mich persönlich bereichert haben. Am liebsten waren mir bei diesen Gesprächen immer die Nicht-Glattgebügelten, die, die mir offen widerbesprochen haben. Von dieser Haltung wünsche ich mir mehr in der Truppe.**

Nach vierzehn Jahren als verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion werde ich mich im Herbst aus der aktiven Politik zurückziehen, um mit dann 67 Jahren den Weg für einen Generationenwechsel freizumachen. Bis zum letzten Tag werden mich besonders die folgenden Themen beschäftigen:

### **Auskömmliche Finanzierung für die Streitkräfte sicherstellen**

Organe, die der Sicherheit unseres Staates dienen, wie Bundeswehr, Bundespolizei, Landespolizeien und Nachrichtendienste sind keine Spardosen. Finanzielle Einsparungen auf Kosten unserer Sicherheit können fatale Folgen haben. Meine Partei hat bereits Anfang 2016 gefordert, die Zahl des zivilen und militärischen Personals aufzustocken. Auf unser Drängen hin hat die Koalition die Zahl der Bundespolizisten bereits um 3.000 erhöht. Veränderungen sind auch bei den Streitkräften unumgänglich,

insbesondere sollte die de Maizièrsche Neustruktur endlich in allen Bereichen korrigiert werden.

Die derzeitige Bundeswehr ist durch den Personalabbau der letzten Jahre die kleinste in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit dem aktuellen Personalstand und der Vielzahl nicht besetzter Dienstposten sind weitere Einsätze parallel, wie im Weißbuch von 2016 angekündigt, gar nicht zu leisten. Insbesondere fehlt es an Spezialisten und technischen Fachkräften.

Wir wollen deshalb die Zahl der Soldaten erhöhen, die Struktur der Bundeswehr verändern und ihre Ausrüstung verbessern. Eine weitere Konsequenz ist die damit einhergehende Erhöhung des Etats. Es ist gut, dass die seit Jahren bestehende Stagnation bei den Verteidigungsausgaben des Bundes beendet wurde. Gerade in diesem Jahr haben wir den Etat um 7,9 Prozent erhöht. Das sind 11 Prozent des Bundeshaushaltes.

Weitere Steigerungen des Etats um mindestens zwei Milliarden jährlich sind notwendig, nur um bestehende Lücke zu füllen. Das ist das Resultat der verfehlten Reform zweier ehemaliger Unionsverteidigungsminister, durch die es der Bundeswehr seit 2008 an fast allem fehlt, an Personal, Ausrüstung und an Ausstattung. Tatsächlich wird es nach der vorliegenden Planung noch Jahre dauern bis die Depots der Bundeswehr mit Gerät, Ersatzteilen oder Munition wieder so befüllt sind, dass unsere Streitkräfte das haben, was sie eigentlich haben müssten. In den letzten zwei Jahren wurde viel angestoßen, um die Beschaffungssituation für die Bundeswehr zu verbessern. Erreicht wurde vor allem mehr Transparenz. Das reicht aber nicht aus, um die Beschaffungen zu beschleunigen. Entscheidend ist, was wirklich für den einzelnen Soldaten ankommt. Und da sieht nach wie vor schlecht aus. Aber die Steigerung von Militärausgaben allein ist nicht gleichbedeutend mit der Steigerung von Sicherheit. Wir wissen doch längst, dass Krisenprävention, Wiederaufbau und wirtschaftliche Zusammenarbeit genauso wichtig sind wie das militärische Engagement. Wir wollen uns deshalb nicht auf die zwei Prozent vom BIP einlassen. Wer dies fordert, muss sich fragen lassen, woher die

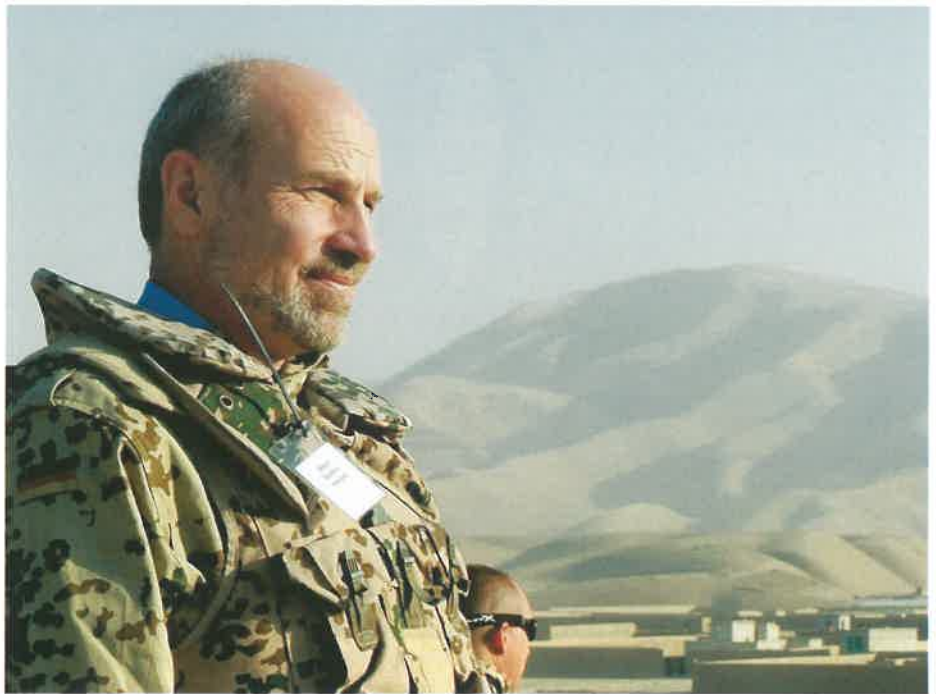
Gelder kommen sollen und wie sie den Bürgern und Bürgerinnen Ausgaben von rund 70 Mrd. Euro im Jahr alleine für Verteidigungsausgaben erklären wollen. Und sie müssen sich fragen lassen, was für solche Summen überhaupt angeschafft werden soll. In Wahrheit sind in der Vergangenheit die 36 Milliarden Euro, die im Bundesetat für Verteidigungsausgaben veranschlagt wurden, vielfach gar nicht ausgegeben worden, weil die Rüstungsgüter nicht oder zu viel spät kamen. Die SPD will die Truppe auskömmlich ausstatten, aber zwischen Forderungen nach null und zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt ist noch viel Spielraum.

### Mehr Europa wagen

Die SPD will beherzte Schritte in Richtung europäische Verteidigungspolitik. Seit 2007 fordern wir unermüdlich größere Anstrengungen, die Streitkräfte unser Partner in EU besser zu vernetzen. Europäisch abgestimmte Systeme, Normen und Zulassungsverfahren sowie größere Beschaffungsmengen können Kosten senken und die Effizienz und Interoperabilität der europäischen Streitkräfte steigern. Vor allem aber ist angesichts knapper Mittel in allen europäischen Verteidigungshaushalten, die Arbeitsteilung bei den militärischen Fähigkeiten ohne Alternative.

Arbeitsteilung bedeutet, einen Teil seiner nationalen Streitkräfte zugunsten von supranationalen, europäischen Streitkräften abzugeben, wie sie seit Jahren schon gelebte Wirklichkeit ist. Wir Sozialdemokraten wollen in Europa die treibende Kraft auf dem Weg zu einer parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee sein und diesen konsequent beschreiten. Für Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU dürfen europäische Kooperationen aber nicht als Spardose verstanden werden: Wenn wir den Verkündigungen einer „Anlehnungspartnerschaft“ Taten folgen lassen wollen, müssen wir auch finanziell in Vorleistung treten. Einsparungen werden sich dabei erst langfristig zeigen. Deutschland lebt mit seinen Nachbarn seit Jahrzehnten in Frieden, viele sind mit uns gemeinsam Mitglied der NATO und der EU. Wir sind bereit, in einen Prozess einzutreten, an dessen Ende wir unsere nationalen Armeen in eine neue, bessere, supranationale Armee, eine europäische Armee einfügen.

Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Erkenntnis, dass internationale Krisen und Konflikte erfolgreich nur vernetzt gelöst werden können. Effizientes Krisenmanagement ist nur in einem ganzheitlichen Ansatz möglich, in dem sowohl zivile als auch militärische Elemente ihren Platz finden. Die NATO bleibt zur



*Stets auch vor Ort in den Einsatzgebieten.*



*Informationen über andere Ausrüstungen.*

Abschreckung und für Einsätze hoher Intensität für uns unverzichtbar. Die EU dagegen ist für Stabilisierungsmissionen breiter und besser aufgestellt.

### S-Besoldung und IT-Fachkräfte

Bereits in der ersten Großen Koalition 2005-2009 gab es von der SPD den Versuch, eine S-Besoldung für Soldaten einzuführen, die das Spezifische dieses Berufes berücksichtigt. In der nächsten Legislatur sollten wir uns des Themas erneut annehmen. Es kann einfach nicht sein, dass Soldaten demselben Besoldungsrecht unterliegen wie Finanzbeamte. Dieser Beruf weist Besonderheiten, wie die besondere Altersgrenze auf, die

sich eben nicht mit anderen Beamten des Bundes vergleichen lassen. Uns ist klar, dass wir in diesem Zusammenhang auch an eine Veränderung des herrschenden Zulagen(un)wesens denken müssen: Gerade bei den dringend benötigten IT-Experten für die Cyberabwehr konkurriert die Bundeswehr hart mit ihren Mitbewerbern. Hier brauchen wir dringend mit der Privatwirtschaft vergleichbare Gehaltsstrukturen. Allein mit Zulagen zur bisherigen Besoldung im Rahmen des Beamtenrechts lassen sich die technisch besonders qualifizierten Experten nicht gewinnen.

